

4091/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen vom 13. Mai 1998, Nr. 4411/J, betreffend Strukturmaßnahmen im öffentlichen Dienst, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Es ist beabsichtigt, einen entsprechenden Gesetzesentwurf so fristgerecht der parlamentarischen Behandlung zuzuleiten, daß die Neuregelungen mit 1. Jänner 1999 in Kraft treten können.

Zu 2.:

Die Bundesregierung hat die Verhandlungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bereits aufgenommen. Als Grundlage für diese Verhandlungen dienen von meinem Ressort auf Beamtenebene ausgearbeitete Gesetzesentwürfe, auf deren Grundlage rasch zu einem Verhandlungsergebnis gekommen werden sollte. Es wird den interessierten Gruppen durch eine entsprechend lange Begutachtungsdauer selbstverständlich möglich sein, ihre Stellungnahme einzubringen.

Zu 3.:

Beamte der obersten Organe ausgenommen Parlamentsdirektion, der Ressorts, beim Österreichischen Bundestheaterverband und bei der PTA per 1. Jänner 1998:

PrK	51	BMAGS	3.473
ParlDion	n.v.	BMUJF	310
VfGH	34	BMAA	749
VwGH	94	BMJ	8.448

Volksanw.	36	BMLv	21.722
RH	277	BMF	13.068
BKA	1.209	BMLF	1.831
BMI	29.457	BMwA	3.913
BMUkA	25.751	OBThV	49
BMWVK	11.892	PTA	41.910
		gesamt	164.274

inkl. für Dritte (ausgegliederte Bereiche) leistende Beamte

Beamte ohne Parlamentsdirektion nach Verwendungsgruppen per 1. Jänner 1998:

A	4.707	o.Prof.	1.495	MBUO1	5.410
B	3.401	aoProf	514	MBUO2	966
C	3.236	Dozenten	2.019	MZO1	12
D	1.014	Assist.	4.384	MZO2	94
E	68 LPA	440	MZUO1	7	
P1	103	L1	19.274	MZUO2	2.277
P2	351	4.077	MZCh	2.242	
P3	246	L3	2	K1	5
P4	144	S1	81	126	
P5	20	S2	129	K3	17
A1	2.351	W1	44	K4	23
A2	11.305	W2	342	K5	10
A3	11.031	W3	10	K6	20
A4	2.723	E1	743	PT1	268
A5	523	E2a	13.069	PT2	1.661
A6	342	E2b	17.353	PT3	4.531
A7	70	E2c	580	PT4	4.114
Richter	1.853	H1	346	PT5	6.756
RiAA	292	H2	685	PT6	5.431
StaatsA	275	MBO1	144	PT7	4.636
MBO2	1.455	PT8	13.642		
				PT9	785
				gesamt	164.274

inkl. für Dritte (ausgegliederte Bereiche) leistende Beamte

In der Anfragebeantwortung vom 3. Februar 1998 wurde auf die Vorläufigkeit der Werte aufgrund der Aktualität hingewiesen. Pensionierungen und Aufnahmen in das öffentlich - rechtliche Dienstverhältnis per Dezember 1997 bzw. Jänner 1998 haben Veränderungen der seinerzeit vorläufigen Werte bewirkt. Darüber hinaus hat es durch Ausübungen der Optionsmöglichkeiten Verschiebungen zwischen den Besoldungsgruppen gegeben.

Im Bundesministerium für Finanzen sind die entsprechenden Werte für die Parlamentsdirektion nicht verfügbar.

Zu 4. und 5.:

Die Zahl der Beamten im Bundesbereich weist seit einigen Jahren trotz insgesamt sinkender Personalstände eine steigende Tendenz auf. Diese Entwicklung ist zu einem wesentlichen Teil auf die Übernahme ehemaliger Zeitsoldaten (diese standen ja nicht in einem beamteten Verhältnis zum Bund) in Dienstverhältnisse sowie auf die Verstärkung des Sicherheitssektors zurückzuführen.

Darüber hinaus wurden zu Beginn des Jahres 1997 mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Verhandlungen über eine Reform des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 aufgenommen. Ziel dieser Verhandlungen ist die Schaffung einer echten Alternative zum hoheitsrechtlichen Dienstverhältnis für jene Besoldungsgruppen, für die keine sachliche Notwendigkeit gegeben ist, ausschließlich Beamte zu beschäftigen. Die Erfahrungen zeigen, daß Diskussionen über geplante Veränderungen zu atypischem Verhalten führen können. Mit der Limitierung der Beamtenzahlen durch den nach wie vor aufrechten Beschluß der Bundesregierung vom 4. März 1997 sollte einer nicht auszuschließenden Pragmatisierungswelle rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Vorläufig ist nicht beabsichtigt, den genannten Ministerratsbeschluß abzuändern. Die weitere Vorgehensweise bezüglich der Pragmatisierung wird derzeit innerhalb der Bundesregierung sowie mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst diskutiert.

Zu 6.:

Der erwähnte Ministerratsbeschluß betrifft die Besoldungsgruppen des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, der Lehrer und des Krankenpflagedienstes. Ausgenommen von der Limitierung sind die Besoldungsgruppen der Richter und Staatsanwälte, der Militärpersonen, der Exekutive und der Hochschullehrer, weil es in diesen Besoldungsgruppen keine Alternative zum hoheitsrechtlichen Dienstverhältnis gibt.

Für die einzelnen Ressorts ergeben sich daraus folgende Vorgaben:

Ressort; Beamte;;; davon;;

		Richter	Militär inkl. UOF	Exekutive	HS - Lehrer	sonstige
BKA	1.182		2			1.180
BMI	28.919			26.196		2.723
BMUKA	25.593					25.593
BMWVK	10.838				7.773	3.065
BMAS	1.700					1.700
BMUJF	292					292
BMAA	722		1			721

BMJ	8.272	2.184		2.996		3.092
BMLV	20.362		15.546			4.816
BMF	13.200			2.957		10.243
BMLF	1.841					1.841
BMwA	3.777					3.777
BMÖWV	537					537
ÖBThV	48					48
Summen	117.283	2.184	15.548	32.150	7.773	59.628

Zu 7.:

Anzahl der geleisteten und finanziell abgegoltenen Überstunden:
Oberste Organe, Ressorts und Betriebe; 1997

Präsidentschaftskanzlei	8.961
Parlamentsdirektion	
VfGH	9.231
VwGH	1.591
Volksanwaltschaft	4.228
Rechnungshof	5.418
Bundeskanzleramt	113.782
BM für Inneres	7.188.929
BM für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1.373.305
BM für Wissenschaft und Verkehr	333.581
BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales	106.768
BM für Umwelt, Jugend und Familie	35.667
BM für auswärtige Angelegenheiten	51.171
BM für Justiz	330.363
BM für Landesverteidigung	2.317.315
BM für Finanzen	1.698.513
BM für Land - und Forstwirtschaft	163.484
BM für wirtschaftliche Angelegenheiten	347.105
Österr. Bundes Theaterverband	19.690
PTA	5.279.498
gesamt	19.388.600

Zu 8.:

Überstundenvergütungen in Schilling; Oberste Organe, Ressorts und Betriebe	1997
Präsidentschaftskanzlei	2.586.838
Parlamentsdirektion	20.015.307
VfGH	1.875.475
VwGH	343.772

Volksanwaltschaft	837.065
Rechnungshof	1.006.478
Bundeskanzleramt	26.897.650
BM für Inneres	1.592.072.053
BM für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	2.476.295.651
BM für Wissenschaft und Verkehr	129.359.130
BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales	23.957.811
BM für Umwelt, Jugend und Familie	7.496.693
BM für auswärtige Angelegenheiten	11.949.791
BM für Justiz	73.383.141
BM für Landesverteidigung	454.429.743
BM für Finanzen	378.113.936
BM für Land - und Forstwirtschaft	66.137.541
BM für wirtschaftliche Angelegenheiten	72.885.853
Österr. Bundestheaterverband	4.412.709
PTA	1.036.995.727
gesamt	6.381.052.364

Zu 9.:

Das Verwaltungsinnovationsprogramm (VIP) startete mit 1. Jänner 1998. Das vorläufige Ende des Programmes ist mit Juni 1999 vorgesehen. Staatssekretär Dr. Ruttenstorfer hat mit allen Regierungsmitgliedern Gespräche über Reformvorhaben im Rahmen des VIP geführt, auf deren Basis ein Maßnahmenkatalog erstellt wurde. Aus dem umfassenden Maßnahmen - katalog können beispielhaft die Einführung der Kostenrechnung im BMaA, die Personalan - forderungsrechnung im BMJ und die Neustrukturierung der Ausbildungsstätten des BMLF sowie diverse Ausgliederungsvorhaben genannt werden.

Weiters wurden 10 Projekte mit eher ressortübergreifenden Auswirkungen gestartet. Durch die Projekte "Help.gv-Amtswege via Internet" und "Musteramt Bezirkspolizeikommissariat" sowie Musteramt "Bundesamt für Wasserwirtschaft" wurde besonders auf einen unmittel - baren Nutzen für die BürgerInnen Bedacht genommen.

Zu 10.:

Die jährliche Steigerung der Produktivität um 2 - 3% dient der Sicherung einer hohen Leistungsqualität (eines hohen Leistungsstandards) im Rahmen knapper Ressourcen. Sie stellt, verglichen mit anderen Non - Profit - Organisationen außerhalb des Sektors Staat im In - und Ausland, ein eher hohes Ziel dar, weshalb von einem bescheidenen Ziel in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden kann. Von 1996 auf 1997 wurde eine Produktiv - tätssteigerung von 2,9% (ohne die Sektoren "Bildung" und "Innere Sicherheit") erreicht.

Zu 11. bis 13.:

Überstunden sind ein geeignetes und im Vergleich zur Einstellung von zusätzlichen MitarbeiterInnen ein kostengünstigeres Mittel, um kurzfristig einen erhöhten Arbeitsanfall aufgrund von Umständen, die nicht durch die Verwaltung selbst beeinflussbar sind, ausgleichen zu können.

Der Großteil der Überstunden fällt im Schul- und Sicherheitsbereich an. Diese Überstunden sind zT nicht vorhersehbar (Krankenstandersatz, Kundgebungen etc.) und a priori nicht quantifizierbar. In einem solchen Fall ist es nicht sinnvoll bzw. nicht möglich, mehr Personal aufzunehmen und dieses nach dem Bedarfsanfall wieder freizusetzen.

Im Schulbereich wurde im übrigen, der steigenden Schülerzahlen entsprechend, der Personalstand in den letzten beiden Jahren bereits durch die stärkere Ausnützung des Stellenplanes angehoben, was zu einer deutlichen Reduktion der Überstunden im Jahr 1996 und zu einer nur geringfügigen Steigerung 1997 geführt hat. Für diesen vorhersehbaren Bedarf wird mehr Personal anstelle der Anordnung von Überstunden eingesetzt. In den Stellenplänen für 1998 und 1999 wurden aus diesem Grund auch zusätzliche 500 Planstellen vorgesehen.

Zu 14.:

Zum Stichtag 1. Jänner 1998 bestanden 68.134 privatrechtliche Dienstverhältnisse zum Bund. Davon waren 63.951 Mitarbeiterinnen im Dienst (besoldet, also nicht karenziert). Von diesen hatten 17.770 MitarbeiterInnen ein Beschäftigungsausmaß unter 100%.

Zu 15.:

Von den 122.364 Beamten des Bundes (ohne PTA) waren zum Stichtag 1. Jänner 1998 121.103 im Dienst (besoldet, also nicht karenziert oder vom Dienst freigestellt). Davon hatten 3.695 ein Beschäftigungsausmaß unter 100%. Von den 41.910 Postbeamten waren zum 1. Jänner 1998 383 teilbeschäftigt.

Zu 16.:

Mit 1. Juli 1997 sind umfangreiche Neuerungen im Beamten - Dienstrechtsgesetz 1979 sowie in den Landeslehrer - Dienstrechtsgesetzen zur Flexibilisierung der Teilbeschäftigung der Beamten in Kraft getreten. Diese im Bundesgesetz, BGBl. I Nr.61/1997, enthaltenen Regelungen brachten für die Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit der Beamten insbesondere mehr Flexibilität bei den Anlaßgründen, beim Ausmaß und bei der Zeitdauer sowie den Wegfall von Ausschlußgründen. Dadurch wurde den Erfordernissen einer effizienten und bürgernahen Aufgabenerfüllung des Bundes Rechnung getragen und gleichzeitig auch den

Wünschen der Bediensteten nach flexiblerer Zeiteinteilung entgegengekommen. Für eine darüber hinausgehende Verbesserung der Möglichkeiten zur Teilbeschäftigung im Bundesdienst sollten zunächst die Erfahrungen mit den erwähnten Maßnahmen abgewartet werden.